

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

6.12.1930 (No. 285)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 G. Amend,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 20. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Internationale Handelskammer zur Weltwirtschaftskrise Eine internationale Enquête

W.W. Paris, 6. Dez. (Tel.) Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Belgiers Theunis die gegenwärtige Weltkrise diskutiert. Es wurde eine längere Entscheidung angenommen, die die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller betont, um die Wiederbelebung der Geschäfte zu beschleunigen. Sie appelliert an die Völkergemeinschaft, sich trotz aller Schwierigkeiten keinem Pessimismus hinzugeben, sondern an der Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten und sich aktiv an der schnellen Wiedererrichtung des Wirtschaftsmechanismus zu beteiligen, um die Rückkehr zu normalen Verhältnissen zu beschleunigen. Zu diesem Zweck beauftragt die Internationale Handelskammer, eine eingehende Enquête über die Ursache und Wirkung der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu unternehmen, um festzustellen, in welchem Umfang man ihr abhelfen und eine Wiederbelebung der Geschäfte erreichen kann.

Vor dem Verwaltungsrat führte der Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer, Franz v. Mendelssohn, aus: Die Gründe der Weltwirtschaftskrise seien zweifellos in großem Umfang für die verschiedenen Länder gemeinsam. Sie seien daher sehr wohl einer gemeinsamen Untersuchung zugänglich, und vielleicht seien auch gemeinsame Hilfsmassnahmen zu finden. Eine besondere Ursache der deutschen Krise liege in der weitgehenden Kapitalentziehung, die Deutschland zwingt, zu einem hohen Zinssatz kurzfristige Kredite vom Ausland aufzunehmen, die es der deutschen Wirtschaft nicht erlaube, auf Grund dieser Kreditaufnahme sich auf längere Zeit einzurichten. Dazu kämen die hohen Belastungen von Seiten des Staates. Das Abblenken vor allem im Mangel des internationalen Güterausstausches. Diesem Abblenken könne durch übersteigerte Hemmungen dieses Güterausstausches gewiß nicht abgeholfen werden.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Kommerzienrat Froewin (Eberfeld), führte aus, daß ein anomaler Druck durch das „außerökonomische Förderungsgezet“ verurteilt sei. Besonders seien damit die enormen Zahlungen gemeint, die aus der Kriegsverpflichtung zu leisten seien. Dieses System von Zahlungen, die nicht auf ökonomischen Vorgängen beruhen, sondern mit den durch den Krieg gegebenen Ursachen zusammenhängen, hätten auf die Zerrüttung der Weltwirtschaft einen viel stärkeren Einfluß, als es im allgemeinen erkannt werde. Dieses System werde, solange es bestehe, der Wiedergewinnung der Weltwirtschaft sehr hemmend im Wege stehen und die Wirkung aller Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Depression stark abschwächen.

Neuerungen auf dem Gebiet der Krankenversicherung Aus der Notverordnung

Die Notverordnung vom Juli hat in Bezug auf die Krankenkassen- und Arzneigebühren eine Wänderung erfahren. Die Notverordnung vom 1. Dezember enthält darüber folgende Bestimmungen:

Von der Verpflichtung, die Krankenkassengebühr und den Arzneikostenzuschlag zu entrichten, sind mit Wirkung vom 8. Dezember 1930 folgende Versicherte befreit:

1. Arbeitslose, die im Bezug der Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitsunterstützung stehen. Ausgesteuerte Arbeitslose nur dann, wenn sie aus der öffentlichen Fürsorge Leistungen erhalten und ihre Mitgliedschaft bei der reichs-gesetzlichen Krankenversicherung aufrecht erhalten haben.
2. Versicherte, die im Bezug der Invalidenrente aus der Invalidenversicherung oder Ruhegehalt der Angestelltenversicherung stehen, außerdem solche Versicherte, die eine mindestens 50prozentige Rente aus einer Unfallversicherung oder nach dem Reichsversorgungsgesetz beziehen (sogenannte Schwerverletzte).
3. Tuberkulöse und geschlechtskranke Versicherte, die von ihrer Fürsorge- oder Beratungsstelle eine Bescheinigung über ihre Hilfsbedürftigkeit beibringen.
4. Kriegsbeschädigte, die neben ihrer Rente Zusatzrente beziehen, worüber sie eine Bescheinigung der amtlichen Fürsorgestelle vorzulegen haben.

Für arbeitsunfähige Kranke, das sind solche Versicherte, welche im Bezug von Krankengeld stehen, ist wichtig zu wissen, daß der Arzneikostenzuschlag nicht mehr bezahlt zu werden braucht, wenn die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger wie 10 Tage dauert. Auf dem einzelnen Rezeptblatt ist vom Arzt die Befreiung vom Arzneikostenzuschlag zu vermerken. Dies ist dem Arzt dadurch erleichtert, daß der zur Ausstellung kommende Arztchein seitens der Krankenkasse nicht mit einer Gebührenmarke versehen wird, sondern mit einem auf der Rückseite des Arztcheines zur Aufhebung kommenden grünen Platte, auf dem die im einzelnen Fall in Betracht kommende Befreiungsbestimmung ausdrücklich ersichtlich ist.

Bei Lösung des Arztcheines wird den in Frage kommenden Versicherten dringend empfohlen, die erforderlichen Ausweise mitzubringen, damit der Rassenangestellte in der Lage ist, von der Befreiungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Als Ausweise dürften in Frage kommen: Rostausweise für den Bezug von Invaliden-, Unfall- und Kriegrente, Unfall- und Kriegrentner werden gut tun, den in ihrem Besitz befindlichen Rentenbescheid mitzubringen, da Befreiung nur mög-

Letzte Nachrichten

Heute Abstimmung im Reichstag

W.W. Berlin, 6. Dez. (Priv.-Tel.) Es steht jetzt fest, daß die Abstimmungen im Reichstag heute noch stattfinden.

Der deutsch-französische Warenaustausch Deutschlands Einfuhr an erster Stelle

W.W. Paris, 6. Dez. (Tel.) Die französische Außenhandelsstatistik, die den Außenhandel mit den einzelnen Ländern bezeichnet, weist den Wert der in den ersten zehn Monaten dieses Jahres aus Deutschland nach Frankreich eingeführten Waren mit 6 671 387 000 Franken auf gegenüber 5 357 470 000 Franken im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Deutschland steht somit als Einfuhrland bei weitem an erster Stelle, gefolgt von Amerika mit rund 5 Milliarden und von Großbritannien mit rund 4 1/2 Milliarden Franken. Die gleiche Statistik zeigt den Wert der in den ersten zehn Monaten dieses Jahres von Frankreich nach Deutschland gelieferten Waren mit 3 632 220 000 Franken auf gegen 3 967 232 000 Franken in den ersten zehn Monaten des Vorjahres.

Die französische Regierungskrise Verschiedene Auslegungen

W.W. Paris, 6. Dez. (Priv.-Tel.) Die Morgenpresse tritt für die Schaffung einer republikanischen Konzentration ein. Es scheint aber, daß, wenn der Präsident der Republik heute nachmittags einen Senator, ob er nun Barthou und Steeg oder Sarraut heißen mag, berufen wird, um ihm die Kabinettsbildung anzubieten, und dieser mit den einzelnen Parteien Fühlung nimmt, er sofort feststellen wird, daß alle „Konzentration“ sagen, daß aber nicht alle dieses Wort in der gleichen Weise deuten.

Schon heute vormittag zeigt die Morgenpresse, daß Blättern die auf dem Standpunkt der Reaktion Maginot und Louis Marin stehen, zwar „Konzentration“ schreiben, aber „Bürgerfrieden“ meinen, d. h. Ausgleich der Parteien, so wie er sich im Kabinett der Finanzminister Volcarrés 1926 zeigte. Etwas beratiger mitzumachen, ist den Radikalen fast unmöglich, da die beiden letzten Parteitage, sowohl den Ausschluß der reaktionären Parteien, als zum mindesten der demokratisch-republikanischen Vereinigung Louis Marin, auch vielleicht den Ausschluß der Demokratischen und Sozialen Aktion (Maginot) gefordert haben. Man nennt wieder stark Aristid Briand. In erster Linie wird aber Barthou als künftiger Ministerpräsident genannt, und aller Wahrscheinlichkeit nach werde er heute ins Elisee berufen werden, um den Auftrag der Kabinettsbildung entgegenzunehmen.

Aus der deutschen Elektrowirtschaft

Ende 1929 gab es in Deutschland bereits 270 elektrische Großflächen mit einem Gesamtanschlußwert von 20 000 Kilowatt. Damit hat sich die Zahl der elektrischen Großflächen seit 1925 nahezu verdreifacht.

Die Verbreitung des elektrischen Badofens hat sich in einem ähnlichen Maßstab gehoben. Während es im Jahre 1926 in Deutschland nur 33 elektrische Badöfen mit einem Gesamtanschlußwert von 347 Kilowatt gab, zählte man im Jahre 1929 bereits 324 elektrische Badöfen mit einem Anschlußwert von 8728 Kilowatt, also rund zehnmal mehr.

Ganz gewaltig ist auch die Einführung des elektrischen Herdes in der Haushaltung gestiegen. Allein in dem Gebiet des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes sind seit Jahresfrist 6500 elektrische Kochherde abgesetzt worden, trotzdem in diesem Gebiet Kohle und Gas außerordentlich billig sind. Es werden die Vorteile des elektrischen Kochens, wie man hieraus sieht, immer mehr erkannt. Diese Tatsache wird auch dadurch bestätigt, daß schon mehrere Fabriken, die bisher nur Kohlen- und Gasherde gemacht haben, inzwischen zur Herstellung elektrischer Kochherde übergegangen sind.

Eine Rundfunkrede Dr. Curtius in Amerika veröffentlicht. Auf den Antrag des amerikanischen Senators Capper wurde die englische Rundfunkrede des deutschen Außenministers Dr. Curtius, die dieser am 21. Juni über den deutschen Auswärtigen nach Amerika sprach, auf einstimmigen Beschluß des amerikanischen Bundes senats nun im „Congressional Record“, dem amtlichen Organ der Parlamentsberichterstattung, wörtlich abgedruckt. Capper hatte die Rede als einen wertvollen Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschland und Amerika bezeichnet.

Zu schweren Kommunistenwahlen kam es am Freitag in Berlin. Während die Versammlungen selbst teilweise schwach besucht waren und auf mehreren Plätzen überhaupt niemand erschienen war, schlossen sich die verschiedenen Trupps später zu größeren Zügen zusammen, die ihrer Auflösung durch die Polizei Widerstand leisteten. Die Ausschreitungen setzten sich in verschiedenen Stadtteilen auch in den späteren Abendstunden fort. Die Polizei ging vielfach mit dem Gummiknüppel vor. Verschiedene Polizeibeamte wurden verletzt. Vereinzelt fielen Schüsse aus der Menge. Besonders wüst ging es in der Gegend des Alexanderplatzes zu.

Bei Vorliegen echter Armut (Hilfsbedürftigkeit) ist Befreiung möglich, wenn die Voraussetzungen hierzu durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachgewiesen wird.

* Zur politischen Lage

Um die Notverordnung

Wenn dieses Blatt in den Händen seiner Bezahler ist, wird die parlamentarische Entscheidung über das Schicksal der Notverordnung wahrscheinlich bereits gefallen sein. Die Aussichten sind nach wie vor für das Kabinett nicht ungünstig. Zwar werden die Landvolkpartei und die Wirtschaftspartei (mit Ausnahme der Herren Bredt und Colosser) ebenfalls für Aufhebung der Notverordnung und für ein Mißtrauensvotum stimmen. Aber dafür ist jetzt mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Volkskonservativen, der Volksnationalen und des Evangelischen Volksdienstes fest zu rechnen. Wenn dann noch die sozialdemokratische Fraktion für die Regierung eintritt, dürfte eine Mehrheit von etwa 20 Stimmen herauskommen.

Die Haltung der Landvolkpartei und der Wirtschaftspartei ist eigentlich unverständlich. Was würde denn geschehen, wenn jetzt vom Reichstag die Zurückziehung der Notverordnung gefordert würde? Die Beantwortung dieser Frage ist politisch für alle diejenigen, die schon lange mit dem Gedanken der Diktatur spielen, sehr rasch gegeben: der Reichspräsident würde dann nach ihrer Meinung ein Direktorium mit diktatorischen Vollmachten zu bestellen haben. Wie dieses Direktorium aussehen würde, weiß jedoch niemand zu sagen. Die Hauptsache ist nun aber gar nicht so sehr die politische Seite der Angelegenheit, sondern die wirtschaftliche und finanzielle. Unsere ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik würde in der Luft hängen, wenn der Reichstag die Zurückziehung der Notverordnung beschließen wollte. Der Eindruck auf das Ausland, von dessen Krediten wir nun einmal in sehr erheblichem Maße abhängig sind, wäre sehr fatal. Denn selbst dann, wenn alsbald eine neue Notverordnung herauskäme, würde doch die Tatsache, daß die Mehrheit des Parlaments die Sanierung ablehnt, sowohl dem politischen Kredit jenes Direktoriums, wie auch dem finanziellen Kredit unserer Wirtschaft außerordentlich schaden.

Wie ernst sich die Lage gestalten müßte, wenn die Zurückziehung der Notverordnung vom Parlament gefordert würde, hat gestern Reichszankler Dr. Brüning in einer besonders eindrucksvollen Rede dargelegt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Schlüsselsätze der Kanzlerrede auf die Möglichkeit einer neuen Reichstagsauflösung hindeuten, für den Fall, daß die Notverordnung im Parlament scheitern sollte. Der Kanzler hatte kurz vor seiner Rede dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten und sich, wie gemeldet wird, ganz bestimmte Vollmachten mit auf den Weg ins Parlament geben lassen. Soffentlich werden die sehr eindringlichen Worte Dr. Brünings die Wirkung haben, daß alle die Abgeordneten, die sich über ihre eigene Haltung bei der Abstimmung noch nicht im Klaren sind, nunmehr gegen alle Anträge stimmen, welche das Kabinett zu neuen, entscheidenden Entschlüssen zwingen müßten.

Wir müssen erst einmal dieses Sanierungsprogramm unter Dach und Fach gebracht haben, bevor wir uns mit all den anderen Problemen beschäftigen, die uns auf außen- und innerpolitischem Gebiet bedrängen. Aber auch hier wird eine ihre Ziele tatkräftig verfolgende Politik nur mit der größten Umsicht operieren dürfen. Es liegen viele Pulverfässer da, deren Zündschnur nur des Funken harret, um schwere Explosionen zu verursachen. Und gerade die gequälte Wirtschaft verträgt solche Explosionen nicht.

Nicht umsonst ist im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags von dem Sprecher der Deutschen Volkspartei darauf hingewiesen worden, wie sehr die radikale Agitation der Nationalsozialisten das Vertrauen der schweizerischen Geldgeber zu einer ruhigen Entwicklung in Deutschland erschüttert habe, und wie man heute kaum mehr schweizerische Kredite bekommen könne. Daß das speziell für die badische Wirtschaft bedenklich ist, versteht sich von selbst. Und die Situation könnte noch bedenklicher werden, wenn frühere Kredite kurzfristiger Art zurückgezogen würden.

So sehr sich das Anwachsen der nationalistischen Strömung in Deutschland unter Umständen für die Vertretung ganz bestimmter außenpolitischer Forderungen nutzbar machen läßt, so bedenklich ist es mit seiner Rückwirkung auf unsere wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zum Ausland. Gewiß hat auch gestern wieder der nationalsozialistische Sprecher im Reichstag betont,

daß keine Partei unbedingt auf dem Boden der Anerkennung des Privateigentums stehe, in vielen anderen Fragen ökonomischer Art ist aber die Haltung der nationalsozialistischen Partei so eigentümlich, daß man es schon begreifen kann, wenn das Ausland kopfschüttelnd wird. Und dann vergesse man nicht, daß nun einmal in den Augen vieler Zeitgenossen dieser Bewegung das Odium einer revolutionären Partei, einer Partei des gewalttätigen Putzsches anhaftet. Auch hier bemüht sich die Leitung offensichtlich um eine andere Einschätzung und betont immer wieder, daß alle illegalen Mittel zu verwerfen seien. Aber zunächst ist der nun einmal bestehende Eindruck, zumal im Ausland, schwer zu verwischen.

Sturz des Kabinetts Lardieu

In Frankreich ist das Kabinett Lardieu durch eine Abstimmung im Senat gestürzt worden. Man spricht davon, daß Poincaré Lardieus Nachfolger werden könnte. Ein solcher Vorgang wäre auch für Deutschland nicht ohne erste Bedeutung. Allerdings ist die französische Politik der letzten Monate ohnehin so gewesen, daß wir sie nur mit der größten Sorge betrachten können. Noch in den letzten Tagen sind die Aufrüstungskredite, die vom Kriegsminister Maginot verlangt worden sind, von einer großen Mehrheit der Kammer bewilligt worden. Frankreich macht riesenhafte Anstrengungen, um sich auf den Krieg vorzubereiten. Und von irgendeiner Neigung, sich wirklich mit Deutschland auf der Basis der Gleichberechtigung zu verständigen, ist bis jetzt nichts das geringste zu verspüren.

Das neue österreichische Kabinett

Der Ausfall der Wahlen in Österreich hat dazu geführt, daß man nun wieder im wesentlichen in die Bahnen der Schöberl'schen Politik eingelenkt ist, einer Politik, die, mag sie auch im wesentlichen bürgerlich orientiert sein, doch die starke sozialdemokratische Minderheit nicht völlig vor den Kopf stoßen will. Im neuen Kabinett, das von Dr. Ender gebildet wurde, sitzt Dr. Schöberl als Außenminister und Herr Langgössl als Wehrminister. Die Heimwehrbewegung ist aber nicht mehr im Kabinett vertreten. Und nationalsozialistische Einflüsse bestehen auf das Kabinett schon gar nicht. Die Wahlerfolge der Heimwehr und des Nationalsozialismus sind so bescheiden gewesen, daß man eine besondere Rücksicht auf beide nicht nehmen zu müssen glaubte. Jedenfalls zeigt sich auch in Österreich das Bestreben, die Dinge nicht auf die Spitze treiben zu lassen, und schon im Hinblick auf den Außenkredit den Staat in einem Zustand zu erhalten, der ein normales Funktionieren der Regierungsmaschine gestattet.

Schacht's amerikanische Eindrücke

Nach seiner Rückkehr aus Amerika hat sich der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht vor der Öffentlichkeit über die Eindrücke, die er dort bekommen hat, ausgesprochen. Natürlich beziehen sie sich vor allem auf die Frage, für die Schacht nach seiner ganzen Herkunft zuständig ist, nämlich auf die Frage der Reparationen und die der Möglichkeit einer Revision des Youngplans. Was Dr. Schacht uns zu tun empfiehlt, ist sehr beachtlich. Er unterstreicht die Tatsache, daß der Youngplan erfreulicherweise ein für allemal die Reparationsfrage von dem Gebiet politischer und militärischer Erwägungen rein auf das Gebiet ökonomischer Vorgänge und Diskussionen stellt. Diese Tatsache haben wir in Anlehnung an den Youngplan selbst auszunutzen. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, wir müssen unsere Gläubiger davon überzeugen, daß wir ökonomisch nicht imstande sind, auf die Dauer die Bestimmungen des Youngplans zu erfüllen. Deutschland werde entweder zu einem höheren Exportüberschuß kommen müssen oder Schluß machen müssen mit den Reparationen schlechthin. Zunächst kommt natürlich die erste Möglichkeit in Frage. Sie werde im Youngplan selbst klar angedeutet. Vor allem müßten wir unsere Kolonien zurück haben und uns unter allen Umständen neue Absatzmärkte in der Welt schaffen. Was Amerika betrifft, so sei es besonders interessiert an der Abrüstungsfrage und werde sich überhaupt wohl erst dann an den Gedanken einer größeren Reduktion der interalliierten Schulden gewöhnen, wenn Europa, das heißt in erster Linie Amerikas Schuldner mit der Abrüstung wirklich Ernst machen.

Kleine Chronik

Wie aus Hamburg gemeldet wird, lag am Freitag der Nebel so dicht über der Elbe, daß der gesamte Schiffsverkehr stockte. Auf der ganzen unteren Elbe lagen über 50 Schiffe still, die den Hafen nicht erreichen konnten, und durch diesen unfreiwilligen Aufenthalt größere Verzögerungen erleiden.

Im Büro des Reichspräsidenten zu Berlin erschien am Freitag ein Geisteskranker, der behauptete, er sei der ehemalige Reichszustizminister Müller. Er wurde in die Irrenanstalt gebracht.

Bei der Vorführung des Film „Im Westen nichts Neues“ kam es in Berlin im Mozart-Saal am Nollendorfsplatz zu nationalsozialistischen Kundgebungen und Schlägereien.

Bei Gastrop wurde ein verschütteter Bergarbeiter gerettet, der 188 Stunden eingeschlossen war. Er ist vollkommen gesund und nicht im geringsten verletzt.

Im Moskauer Prozeß beantragte zum Schluß seines Plaidoyers Staatsanwalt Krylenko gegen alle acht Angeklagte die Todesstrafe.

In den frühen Morgenstunden wurde heute Samstag, in Japan ein leichtes Erdbeben in Osaka, Kioto und Kobe verspürt. Das Epizentrum des Erdbebens lag in der Nähe von Osaka. Bisher sind keine Meldungen über Schäden eingelaufen.

Die Aussprache im Reichstag

Am Freitag wurde natürlich die gemeldete Kanzlerrede in den Wandelgängen lebhaft besprochen und allgemein dahin gedeutet, daß Dr. Brüning vom Reichspräsidenten bereits die Ermächtigung erhalten habe, im Falle der Ablehnung der neuen Notverordnung die Auflösung auch des neuen Reichstages zu verkünden. Die Haltung der Landvolkpartei ist übrigens durch die Kanzlerrede nicht geändert worden. Der zweite Redner dieser Partei, der dann das Wort nahm, erklärte wiederum, daß seine Freunde die Notverordnung ablehnen würden.

Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten von Freitag-Loringhoven auf die Außenpolitik der Regierung veranlaßten den Außenminister Dr. Curtius zu einer kurzen Abwehrerklärung. Er lehnte es im übrigen ab, schon bei dieser Gelegenheit in eine allgemeine außenpolitische Erörterung einzutreten. Dazu werde bei der Beratung des Etats des auswärtigen Amtes im Februar Gelegenheit sein.

Aus der langen Debatte, die sich über neun Stunden hinzog, ergab sich keine Änderung der bisherigen Stellung der Parteien. Gegen Einzelheiten der Notverordnung wurden auch aus dem Lager der Regierungsparteien lebhaft Bedenken geäußert, aber bisher kann man zur Opposition geschlossen nur rechnen die Fraktionen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, Kommunisten, des Landvolkes und der Wirtschaftspartei.

Um 7½ Uhr kam der erste Vertreter der dritten Rednerreihe zum Wort, so daß mit dem Abschluß der Aussprache am heutigen Samstag gerechnet werden kann.

Die heutige Sitzung

Präsident Löbe teilte bei Eröffnung der heutigen Samstagssitzung das amtliche Schreiben über den Rücktritt des bisherigen Reichszustizministers Dr. Bredt mit.

Nachdem sich ein Redner des Landvolkes aufs neue gegen die Notverordnung gewendet hatte, sprach Abg. Eisenberger (D. Bauernp.) dafür. Die Regierung habe den festen und ernstesten Willen, die Finanzen zu sanieren, darum müsse man trotz aller Bedenken im einzelnen sie unterstützen und nicht denen folgen, die durch eine Katastrophentheorie das Reich in Gefahr bringen. Der Wirtschaftsparteiler Abg. Wiener wendet sich gegen die Methode, mit der Minister Schiele dem Getreidebau helfen wolle.

Der deutschnationalen Abgeordnete Kleiner behandelte besonders die Vorgänge in Oberschlesien und Polen und warf die Frage auf, warum die Regierung nicht sofort den deutschen Gesandten in Warschau abberufen habe, dessen ganzes politisches Gebäude käglichsch zusammengebrochen sei. Während der Schilderung der polnischen Terrorakte rufen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten fortwährend „Wo ist Curtius?“ — „Das interessiert ihn nicht!“ Die Kommunisten rufen: „Ihr macht es so mit den deutschen Arbeitslosen!“ (Während dieser Äußerungen betritt unter dem Hallo der Rechten Dr. Curtius den Saal.) Als Dr. Kleiner einen weiteren Terrorfall in Einzelheiten schildert, ruft ein Sozialdemokrat: „Das sind ja Latrinenparolen!“ Es kommt zu stürmischen Szenen. Mit drohend erhobenen Fäusten stürmen verschiedene Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Landvolksparteiler gegen die Mitte mit dem Ruf: „Verbrecher!“

Nach weiteren Rednern spricht nochmals Reichsfinanzminister Dietrich, der einige Angriffe gegen die Tabaksteuerverordnung zurückweist. Zur Frage der Schuldenhöhe bis Ende 1931 erklärte der Minister, die Veräußerung der 150 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn habe keinen Einfluß auf die Höhe der schwebenden Schuld. Der Redner behandelte dann die Reparationsfrage und betonte u. a., daß nur geordnete Finanzen uns in der Außenpolitik Kraft zum Handeln geben könne, was ja auch vom Reichszustizler und Reichsaußenminister bereits unterstrichen worden ist.

Es trat sodann eine Pause ein. Um 3 Uhr geht die Sitzung weiter.

Der Ältestenrat wird heute, Samstag mittag, noch einmal zusammentreten, um Beschluß darüber zu fassen, ob der Reichstag noch in der nächsten Woche tagen soll. Die großen Parteien wollen jedoch in dieser Woche mit dem Außenminister eine außenpolitische Debatte vermeiden. Der Reichstag würde sich dann eventuell in der nächsten Woche mit den Anträgen zu den Bergwerkskatastrophen und den Hochwasser-schäden beschäftigen.

Die neue Zigarettensteuer soll nach einem Beschluß zwischen Industrie und Handel nur in der Höhe der tatsächlichen Reichs-abgabenerhöhung für den Verbraucher fühlbar werden. Um zu verhindern, daß in den jetzigen Zeiten weitgehender Einkommensverminderung und Arbeitslosigkeit höhere Beträge für den Einkauf von Zigaretten aufgewandt werden müssen, wird die Industrie ihre Zigaretten zum bisherigen Kleinverkaufspreis der Pakungen liefern unter Fortlassung einer Zigarette in den bisherigen Zehnpackungen. Es sollen also Kennzeichnungsungen in den Handel kommen.

Von kommunistischen Bettelantlebern niedergeschlagen. In Camptatt (Südtirol) ist der 55jährige Hausinspektor der Oberrealschule, Stumpf, nachts von Angehörigen der Arbeiterwehr der kommunistischen Partei niedergeschlagen worden, als er das Ankleben von Propagandazetteln verhindern wollte. Der Tod trat auf dem Transport zu seiner nahegelegenen Wohnung ein. Der Täter, der Gärtner Karl Höfner, flüchtete.

Im Lohnkonflikt in der Hannoverischen Metallindustrie sind die Verhandlungen gescheitert. Die Arbeitnehmer beschließen nicht, eine Schlichtungsinstanz anzurufen. Wie sich die Angelegenheit weiter entwickelt läßt sich noch nicht übersehen.

Der gestürzte Präsident von Brasilien, Washington Luiz, ist in Cherbourg eingetroffen. Er wird in Frankreich längere Zeit Aufenthalt nehmen.

Geheimnisvolle Gasvergiftungen

In der Gegend von Lüttich (Belgien) sind 43 Personen im Alter von 30 bis 70 Jahren, die an Asthma litten, plötzlich gestorben. Es herrschte in dieser Gegend dichter Nebel und man nimmt an, daß der Nebel mit Giftgasen unbekannter Ursprungs vermischt gewesen ist. Der Bürgermeister von Engis teilte mit, daß er selbst an den geheimnisvollen Vergiftungserscheinungen erkrankt sei. Er fuhr fort: Meine gesamte kleine Stadt von 2500 Einwohnern ist von Kanit erfüllt. Niemand weiß, was die Ursache ist. Ich glaube nicht, daß die Theorie, daß deutsches Giftgas in der Nähe vergraben worden ist und die Luft verpestet, sichhältig ist. Kein deutsches Giftgas wurde je in diesem Tal aufgespeichert und konnte auf jeden Fall nicht die Gegend auf 20 Meilen vergiften. Der Nebel ist geruch- und geschmacklos.

Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung

Für die Zeit vom 1. Januar 1928 an ist es zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlich, daß jeder Versicherte vom 2. bis 11. Kalenderjahre seiner Versicherung jährlich mindestens 8, vom 12. Kalenderjahre an jährlich mindestens 4 Beitragsmonate nachweist. Die Anwartschaft erlischt zunächst, wenn diese Mindestzahl nicht erreicht wird. Sie lebt aber wieder auf, wenn der Versicherte so viel freiwillige Beiträge, als zur erforderlichen Mindestzahl von Beitragsmonaten fehlen, innerhalb der zwei Kalenderjahre nachträgt, die dem Kalenderjahre der Fälligkeit folgen. Es können also die etwa noch erforderlichen Beiträge für das Jahr 1928 noch bis zum 31. Dezember 1930 nachgetragen werden.

Der dem damaligen Reichstage im Jahre 1929 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Angestelltenversicherung sah allerdings vor, daß alle Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1929 als aufrechterhalten gelten sollten, auch wenn in einzelnen Jahren zu wenig Beiträge oder keine Beiträge entrichtet wurden. Da es aber noch ungewiß ist, ob und in welcher Form dieser Entwurf dem jetzigen Reichstage wiedervorgelegt wird, empfiehlt es sich, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge bis zum Schluß des Jahres 1930 nachzutragen, denn nach Eintritt des Versicherungsfalles ist die Nachtrichtung freiwilliger Beiträge regelmäßig unzulässig. Die freiwilligen Beiträge werden nicht zurückgezahlt, auch wenn sie wegen einer etwaigen späteren Gesetzesänderung nicht notwendig gewesen wären.

Freiwillige Beiträge sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Klasse B zu entrichten. In Klasse B können Beiträge nur von solchen Versicherten geleistet werden, die ohne Einkommen sind, oder deren Einkommen im Monat den Betrag von 100 M nicht übersteigt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Arbeitsbeschaffung im Lande Baden

Die Regierung hat am Donnerstag im Haushaltsausschuß Mitteilungen über die Maßnahmen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung gemacht. Daraus geht hervor, daß für größere Arbeiten und Lieferungen im Winter 1930 der Betrag von 12 770 000 M vorgezogen ist.

Es handelt sich u. a. um den Bau der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen, die Kinzigverlegung bei Neßl, die Oberregulierung, die Klinikbauten in Freiburg i. Br., und die Fertigstellung der Bahnhöfe Betschlag-Griesbach. Von den Gesellschaften des Landes oder mit Beteiligung des Landes werden für Arbeitsbeschaffung 3 330 000 M flüssig gemacht. Von den Reichsverwaltungen (Reichsfinanzverwaltung, Reichspost und Reichsbahn) sind für ähnliche Zwecke 17 Millionen Reichsmark vorgezogen. Als weitere Maßnahme kommt noch die Förderung des Wohnungsbau mit mehreren Millionen in Betracht. Die Regierung wendet im Rechnungsjahr 1930 für den Wohnungsbau 27 Millionen Reichsmark auf. Außerdem ist sie durch den Haushaltsausschuß ermächtigt worden, im Wege des Administrativkredites den Betrag von 250 000 M solchen Gemeinden als verlorener Zuschuß zur Durchführung der Notstandsarbeiten aus Landesmitteln zu bewilligen, denen es infolge großer Erwerbslosigkeit ohne Unterstützung seitens des Staates nicht möglich ist, Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Wohlhabenderwerblosen im erforderlichen Maße auszuführen.

Baden ist neben Württemberg das einzige Land, das für solche Zwecke den Gemeinden Mittel bereitstellt.

Im badischen Arbeitsbeschaffungsprogramm sind im einzelnen vorgezogen:

für Straßenaubarbeiten 1 233 000 M, für Verbesserungen an Kreisstraßen und Gemeindegassen 330 000 M, Wasser- und Abwasseranlagen 800 000 M, Landeskultur 560 000 M, Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen 8 Mill. (die in den nächsten sechs Monaten verbaut werden sollen), Kinzigverlegung 1,1 Mill., Oberregulierung 117 000 M, Klinikbauten 1,5 Millionen, für den Neßler Saften 850 000 M, für eine Klappbrücke über den Verbindungskanal Mannheim-Gafen 450 000 Reichsmark, Fertigstellung der Bahnhöfe Betschlag-Griesbach 947 000 M (hier ist das Land Baden mit 345 000 M beteiligt). In Vorbereitung zur Ausführung sind die Rheinbrücken bei Magau und Waldshut-Koblenz. Unter den Arbeiten, die von den Gesellschaften des Landes oder unter Mitbeteiligung des Landes zur Vergebung kommen (3 230 000 M), befinden sich die Fertigstellung der Staustufen Redarmen und Relschkeinsch, sowie die Znangriffnahme der Staustufen Rodenan und Girschhorn.

Das Finanzgesetz vom 16. April 1930 hat die Staatsschuldenverwaltung ermächtigt, zur Gewährung von Darlehen für Zwecke der werkschaffenden Erwerbslosenfürsorge zu den bereits vorhandenen 7 Mill. Reichsmark weitere 3 Mill. zu beschaffen. Davon sind die vom Minister bis jetzt vergebenen 500 000 M langfristige auf 15 Jahre bereitgestellt. Wegen der Bereitstellung des weiteren Bedarfs ist die Regierung bemüht. Durch Verhandlungen mit der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten ist es gelungen, von dieser einen kurzfristigen Kassenkredit von 1 Mill. Reichsmark zu erhalten. Den gleichen Kredit, den das Land zur Verfügung stellt, also bis zu 3 Mill. Reichsmark, stellt die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten von sich aus als weiteres eigenes Darlehen zur Verfügung. Wegen der Bereitstellung von Mitteln durch die Gesellschaft unabhängig von der Beteiligung des Landes, sind Verhandlungen im Gange.

Die Reichsfinanzverwaltung vergibt Arbeiten zum Betrage von 942 000 M, die Reichsbahn in Höhe von 1 060 000 M, während die Oberpostdirektionsbezirke Karlsruhe und Konstanz 10 133 000 bzw. 4 699 000 M auswerfen. Landesverwaltung und Reichsverwaltung zusammen haben also in diesem Winter rund 33 Mill. Reichsmark für Arbeiten und Lieferungen vorgezogen.

Der Haushaltsausschuß hat am Donnerstag einen Antrag zugestimmt, wonach die Regierung die Reichsregierung ersuchen soll, daß unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse durch Arbeitszeitverlängerung Neueinstellungen und Verhütung von weiteren Entlassungen in der Wirtschaft ermöglicht werden. Ferner sollen freie Arbeitskräfte in Betrieben über fünf Personen den öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen mitgeteilt werden. Die Überstunden sollen nach Möglichkeit beschränkt und die Zulassung von ausländischen Wanderarbeitern verboten werden. Auch die Kräftefürsorge soll eine Änderung zugunsten der Gemeinden erfahren.

Frühere Ausgabe der Weihnachtsgewinne

Nach einem Erlaß des Unterrichtsministeriums soll die Ausgabe der Zeugnisse in der Zeit vom 15. bis 21. Dezember erfolgen. Damit will man dem verständlichen Wunsch Rechnung tragen, daß die Festesfreude nicht durch das Bekanntwerden etwaiger schlechter Noten unmittelbar vor dem Befreiungsabend verdorben wird.

Verbindlichkeitserklärung für die Rheinschiffahrt

Im Lohn- und Gehaltsstreit in der Rheinschiffahrt ist der Schiedspruch vom 26. November 1930 für verbindlich erklärt worden.

Die Tabaksteuer

Der Reichsfinanzminister an das badische Tabakgewerbe
Wie aus Berlin berichtet wird, hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich an das badische Tabakgewerbe ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

„Sie haben an mich das Ansuchen gestellt, auf die Tabaksteuererhöhung nach Möglichkeit zu verzichten. Zu meinem Bedauern war ich dazu nicht in der Lage. Untersucht man die vorhandenen indirekten Steuern darauf hin, was diese allenfalls noch abgeben können, so bleibt nur noch der Tabak. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß auch dieser nicht mehr viel beitragen kann, und ich kenne die Gefahr, die darin besteht, wenn die Zigarette gegenüber der Zigarre belastet wird. Auf der anderen Seite ist nachgerade auch bei der Zigarette Vorzicht geboten, denn sie ist jetzt mit mehr als 52 Prozent des Kleinverkaufspreises belastet. Sie ist das beste Steuerobjekt, das wir haben, und ich möchte nicht durch eine Überspannung ihrer Belastung die Gefahr hervorgerufen, daß die Erträge aus der Zigarettensteuer sinken. Schließlich kommt hier noch ein wichtiges außerpolitisches Moment hinzu. Wir können die Reparationsfrage nur aufräumen, sofern wir den Nachweis erbringen, daß wir unser Volk indirekt ebenso belastet haben, wie die Ententestaaten. Die Hauptlast der Zigarettenindustrie liegt in der Bezahlung des Zolls. Um diese zu ermöglichen, soll die Frist von drei auf sechs Monate verlängert werden. Auch die Nachverzollung soll in Raten erfolgen. Ich glaube, alles verjücht zu haben, um die Gefahren von der Zigarettenindustrie abzulenkten.“

Aus der badischen Industrie

Eine ungesunde Tabakhochnote. Gegenwärtig herrscht Hochbetrieb in Eckenheim, der größten tabakverarbeitenden Gemeinde Badens. Wegen der bevorstehenden Einführung der neuen Tabaksteuer suchen die Firmen nach Möglichkeit große Mengen Rohtabak noch in diesen Wochen zu verarbeiten, wozu das Gewerbeaufsichtsamt die Genehmigung für Überstunden erteilt hat. In fast allen Betrieben wird deshalb von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends mit zwei Stunden Unterbrechung gearbeitet. Selbst ein seit dem Frühjahr stillgelegter Betrieb fühlte sich plötzlich wieder kapitalkräftig, daß er — wenn auch nur vorübergehend — seine Tore öffnen konnte. Doch diese Hochkonjunktur ist leider nur eine vorübergehende Erscheinung, die sich nach Weihnachten katastrophal auswirken wird, denn es steht zu erwarten, daß bis dahin alle Betriebe schließen werden, wodurch sich die Zahl der Arbeitssuchenden, die gegenwärtig 10 bis 12 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, auf das Doppelte erhöhen wird.

Aus der Landeshauptstadt

Das Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister. Der Stadtrat Karlsruhe hat — wie er mitteilt — von der Entscheidung der Staatsaufsichtsbehörde in der Disziplinarangelegenheit des Oberbürgermeisters Dr. Zimter Kenntnis genommen. Die ausführliche Begründung bringt die volle Befähigung der Nichtigkeit der vor einigen Wochen veröffentlichten Auffassung des Stadtrates über die Haftlosigkeit der Vorwürfe der Arbeiterzeitung. Mit Genugtuung stellt der Stadtrat fest, daß seine damalige Vertrauensfindung gegenüber dem Oberbürgermeister ihren besonderen Rückhalt in der Entscheidung der Staatsaufsichtsbehörde gefunden hat.

Senkung der Kohlenpreise. Nach der nunmehr erfolgten Preisentfaltung der Produktion hat der hiesige Kohlenhandel die Kleinverkaufspreise mit sofortiger Wirkung entsprechend ermäßigt. Die Preise für Hausbrandkohle wurden für die Hauptsorten um 15 bis 20 Proz. herabgesetzt. Auch der Koks- und Brikettpreis ist billiger geworden.

Die erhöhte Gebäudesondersteuer. Gegen die bisher gestellten Forderungszettel über die erhöhte Gebäudesondersteuer auf Grund des Landesgesetzes vom 16. April 1930, sind zahlreiche Einsprüche eingegangen, die eine Nachprüfung erfordern. Der Stadtrat Karlsruhe hat daher beschlossen, daß eine Vollstreckung wegen dieser Steuerforderungen vorerst unterbleibt. Hauptächlich bestritten ist die Festsetzung der Friedensmiete, soweit dieselbe von der zuständigen städtischen Dienststelle auf Grund des Reichsmietengesetzes § 2 berechnet worden ist. Ineeds Klärung der strittigen Rechtsfragen sind die nötigen Anträge bei den zuständigen Ministerien gestellt worden.

Keine Weihnachtsfeier der Karlsruher Polizei. Der erweiterte Vorstand der Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes der Polizeibeamten Badens e. V. hat — wie er mitteilt — einstimmig beschlossen, von der Abhaltung ihrer diesjährigen Weihnachtsfeier Abstand zu nehmen. Diesen Entschluß haben die Polizeibeamten sicherlich schweren Herzens gefaßt. Denn es ist bekannt, daß gerade die Polizeibeamten diese Feier immer dazu benutzt haben, um das gegenseitige Verständnis von Polizei und Volk zu pflegen und zu fördern. Sie wissen, wie sehr sie bei jeder ihrer Arbeiten auf die verständnisvolle Unterstützung der Bevölkerung angewiesen sind. Viel mehr als irgend ein anderer Staatsbürger sind sie der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Der Polizeibeamte wird häufig als etwas anderes angesehen, als das, was er wirklich ist: Helfer und Berater, Rechtsanwahr der Straße. Für den Beschluß, die Feier nicht stattfinden zu lassen, waren letzten Endes die wirtschaftliche Notlage und die großen Opfer, die in der nächsten Zeit dieser mit am geringst besoldeten Beamtenstand aufzuerlegen werden, ausschlaggebend.

Niederabend von Lotte Vogel, Berlin. Im großen Saal des Studentenbaujes (Parkring 7) findet Montag, den 8. Dez. (abends 8 Uhr), ein Niederabend der Berliner Altkönigin Lotte Vogel statt, die schon im vorigen Winter vor dem gleichen Kreis mit sehr großem Erfolg sang. Die Vortragsfolge enthält u. a. Niedergruppen von Schumann, Wolf und Mahler. Die Begleitung wird Generalmusikdirektor Josef Krups übernehmen.

Colosseumtheater. Das derzeitige Programm, welches die Colosseumdirektion für die erste Dezemberhälfte unter großen Kosten nach hier verpflichtet hat, bildet bereits das Tagesgespräch von Karlsruhe. Kapitän Wintons Weltkretation, Tauchende Wasserlöwen und Nymphen, welche in allen Großstädten des In- und Auslandes ausverkauft Häuser zu verzeichnen hatte, hält auch hier, was sie versprochen hat. Ferner enthält das Programm weiterhin noch acht Varieté-

nummern, Spitzenleistungen der Varietékunst. Am Sonntag, den 7. Dezember, finden zwei Vorstellungen statt, und zwar nachmittags 3/4 Uhr und abends 8 Uhr. Auf die Nachmittagsvorstellung mit vollständig ungefülltem Abendprogramm werden besonders die auswärtigen Besucher aufmerksam gemacht.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das osteuropäische Hochdruckgebiet verliert jetzt allmählich seinen Einfluß auf unsere Witterung. Heute früh wurde daher im ganzen Lande Nebel beobachtet. Auf dem Südschwarzwald hat es über Nacht etwas geschneit. Der Nachtfrost hat nachgelassen, da die Ausstrahlung durch eine Hochnebeldecke eingeschränkt wurde. Das neblig-trübe, aber noch vorwiegend trockene Wetter, wird vorerst anhalten. Wetterausblick: Fortdauer der neblig-trüben Witterung, vorerst keine nennenswerten Niederschläge.

Kurze Nachrichten aus Baden

Beisetzung des Präsidenten Groß in Mannheim

Dr. Mannheim, 6. Dez. (Tel.). Zu einer der größten Trauerkundgebungen, die Mannheim je erlebt hat, gestaltete sich die Einäscherungsfeier für den am Dienstag verstorbenen Führer des badischen Handwerks, Regieremeister und Stadtrat Jakob Groß. Nach der Trauerrede von Stadtpfarrer René dankte Oberbürgermeister Dr. Feimerich dem Toten. 21 Jahre hindurch war Groß Mitglied des Stadtrates, in zahlreichen Ausschüssen wirkte er tatkräftig mit. Ansprachen hielten ferner Präsident Plate, Hannover, für den Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstag, Bäderobermeister Schneider für die Handwerkskammer Mannheim (deren Präsident Groß 17 Jahre lang war), Präsident Lammer für den Deutschen Fleischerverband, Präsident Jemmann für den Badischen Handwerksamtstag, Präsident Dr. Lenel für die Handelskammer Mannheim, Präsident Lämlein für die Oberpostdirektion Karlsruhe, Landtagsabgeordneter Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhardt für die Demokratische Partei. Ein Berg von Kränzen wölbte sich über dem Sarg. Mit einem Choralsand die Trauerfeier ihren Abschluß.

Beginn des Deutschland-Stafettenritts

Dr. Lörach, 6. Dez. (Tel.). Heute morgen, um 7.15 Uhr, hat die aus Südwestdeutschland kommende Stafette des großen Deutschlandritts landwirtschaftlicher Reitervereine Lörach verlassen. Bekanntlich begann heute morgen um die gleiche Zeit auch im Südboden, im Westen und Osten, Nordwesten und Nordosten des deutschen Reiches der große auf 6 Tage berechnete Stafettenritt quer durch ganz Deutschland. Vor dem Abtritt der drei ersten Stafettenreiter fand eine kurze Verabschiedung durch Vertreter der Behörden, des Verbandes der badischen Reitervereine usw. statt.

Bürgermeister Dr. Grafer, Lörach, betonte, daß die Grenzstadt Lörach vom äußersten Südboden mit der Stafette einen Gruß an ihre Schwesterstadt im Norden schicke. Die Woffchaft ist kunstvoll auf Pergamentpapier eingezichnet und geht an die Stadt Plessburg, verbunden mit einem dem alamanischen Dichter Burte verfaßten Vers. Mit einem kurzen Abschiedsgruß des ersten Vorsitzenden des badischen Reitervereins, Generalmajor a. D. Ullmann, wurde die erste Stafette auf die Reise geschickt.

Dr. Mannheim, 6. Dez. Der bei Ladenburg gelegene Hofenhof, das Stammgut des Grafen von Berchheim, wurde von der Domänenverwaltung der Stadt Mannheim käuflich erworben.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

| | 6. Dezember | | 5. Dezember | |
|-----------------------|-------------|--------|-------------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.61 | 168.95 | 168.59 | 168.93 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.03 | 112.25 | 112.02 | 112.24 |
| Italien . . . 100 L. | 21.95 | 21.99 | 21.95 | 21.99 |
| London . . . 1 Pf. | 20.341 | 20.381 | 20.337 | 20.377 |
| New York 1 D. | 4.1890 | 4.1970 | 4.1890 | 4.1970 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.457 | 16.497 | 16.46 | 16.50 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 81.135 | 81.295 | 81.145 | 81.305 |
| Wien 100 Schilling | 58.96 | 59.07 | 58.955 | 59.075 |
| Prag . . . 100 Kr. | 12.424 | 12.444 | 12.425 | 12.445 |

Keine generelle Kündigung der Aufwertungshypotheken der Sparkassen. Der Ausschuß für das Sparkassenwesen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes nimmt zu den Aufwertungsschlusssätzen vom 18. Juli 1930, insbesondere zu der Frage der Kündigung der Aufwertungshypotheken, folgende Stellung ein: Die Sparkassen sind genötigt, auch von sich aus zur Verhütung der Wirtschaft beigetragen, als gemeinnützige Anstalten bereit, den Zweck des Gesetzes zu unterstützen, die Fälligkeit der Hypotheken auf einen gewissen Zeitpunkt zu verteilen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband empfiehlt deshalb den Sparkassen, von einer allgemeinen Kündigung der Aufwertungshypotheken vom 1. Januar 1932 grundsätzlich Abstand zu nehmen. Er geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Fälligkeiten der reiflichen Aufwertungssparanlagen im Verordnungswege auf längere Zeiträume verteilt werden.

Portland Heidelberg - Schleifische Portland. Die außerordentliche Generalversammlung der Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG., die in Mainz stattfand, genehmigte den Abschluß des Interessengemeinschaftsvertrages mit der Schleifischen Portlandzementindustrie in Oppeln und den vorgesehenen Austausch von je 7 1/2 Mill. Reichsmark Aktien. Gegen sämtliche Beschlüsse gab Bankier Fulda (Mainz) Protest zu Protokoll. Er beantragte hauptsächlich den Aktienausgleich, dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit für Heidelberg er bezweifelte. Bemerkenswert ist der Beschluß zu Punkt 2 der Tagesordnung, wonach der Gegenstand der Gesellschaft dahin erweitert wird, daß Interessengemeinschaftsverträge geschlossen werden können. Erklärt wurde noch, daß in der nächsten Zeit die Möglichkeit bestünde, daß auch mit anderen Werken weitere 3 G.-Verträge abgeschlossen würden, wobei schnell zu handeln sei. Ob sich dieser Hinweis auf die Wieding bezieht, war nicht festzustellen. Über die Lage bei Heidelberg erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende, daß der Abschluß 1930 geringer war. Im ersten Halbjahr war er befriedigend, während im letzten Halbjahr sowohl Absatz wie Preis stark zurückgingen. Auf der anderen Seite konnte man allerdings die Selbstkosten bedeutend herabsetzen. Die Eisen-

und Kohlenpreisermäßigung komme zustatten; trotzdem könne über das Betriebsergebnis und die Dividende für 1930 etwas Bestimmtes noch nicht gesagt werden. Man erwartet eine Dividendenreduktion von 10 auf 8 Proz.

Junfer & Ruh AG., Karlsruhe. Das 10. Geschäftsjahr (1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930) verlief nach dem soeben herausgegebenen Bericht bis Ende Dezember in einer gleichmäßig ansteigenden Kurve. Ab Januar war ein langames Abwärtsgehen festzustellen. Der Export konnte erhöht werden. Die Aussichten für das laufende Jahr werden als nicht sehr erfreulich bezeichnet. Der Reingewinn beträgt einschließlich des Vortrages vom 30. Juni 1929 208 663 (203 138) Reichsmark, woraus wiederum 6 Proz. Dividende verteilt werden. 28 668 Reichsmark kommen auf neue Rechnung. Die Bilanz zeigt bei 3 000 000 RM Aktientapital die Kreditoren mit 3,07 (3,44), die Hypothekendarlastung mit 0,85 (unv.), die langfristigen Darlehen mit 2,10 (2,21), Grundstücke und Gebäude mit 1,90 (1,95) Millionen. An Kassa und Wechseln waren 0,40 (0,13) vorhanden, die Debitoren sind mit 5 (4,50), die Vorräte mit 3,34 (4,16) Mill. bewertet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Aßlingen, Amt Waldshut, die durch Verzicht des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Gesuche sind unter Vorlage der erforderlichen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 11. Januar 1930, Apotheke in Reudenu, Staatsanzeiger vom 14. Januar 1930) einzureichen. Ablauf der Bewerbungsfrist: 31. Dezember 1930. Karlsruhe, den 5. Dezember 1930. Der Minister des Innern J. Wittmann.



DAS DANATBANK SPARBUCH EIN ZEITGEMASSES WEIHNACHTS-GESCHENK DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK FILIALE KARLSRUHE (BADEN) KAISERSTRASSE 76 (AM MARKTPLATZ)

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 9. bis 15. Dezember 1930
Im Landestheater:
Dienstag, 9. Dezember. * C 10. Th.-Gem. II. S.-Gr. Neu einstudiert: Der Evangelist. Musikalisches Schauspiel von Kienzl. 20 bis 22 1/2 (7 M).
Mittwoch, 10. Dezember. 4. Sinfoniekonzert. Solist: Alfred Hoehn (Klavier). 20 bis 22 (5 M).
Donnerstag, 11. Dezember. * D 10. (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte. Das Lamm des Armen. Tragikomödie von Stefan Zweig. 19 1/2 bis 22 (5 M).
Freitag, 12. Dezember. * F 10. (Freitagmiete). Th.-Gem. 101 bis 200. Carmen. Oper von Bizet. 20 bis 23 (7 M).
Samstag, 13. Dezember. * Nachmittags: Der große Christoph. Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trend. 15 bis 17 (3 M).
Abends: * A 10. Th.-Gem. 1 bis 100 und 301 bis 400. Der Kaufmann von Venedig. Lustspiel von Shakespeare. 20 bis 22 1/2 (5 M).
Sonntag, 14. Dezember. Nachmittags: 4. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige. Bar und Zimmermann. Komische Oper von Lorzing. 15 1/2 bis 18 (4,50 M).
Abends: * B 10. Th.-Gem. 201 bis 300. Cavalleria rusticana. Von Mascagni. Hierauf: Der Bajazzo. Von Leoncavallo. 19 1/2 bis nach 22 (8 M).
Montag, 15. Dezember. * Volksbühne: Dezemberdarstellung. Die Nibelungen, III. Abteilung. Trauerspiel von Hebel. 19 1/2 bis gegen 22 1/2 (5 M).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkehr frei gehalten.
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 7. Dezember. * Meine Schwester und ich. Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Herr und Verneuil, von Robert Blum. Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky. 19 1/2 bis 22 1/2 (3,50 M).
Freitag, 12. Dezember. * Meine Schwester und ich. 20 bis 22 1/2 (3,50 M).
Sonntag, 14. Dezember. * Meine Schwester und ich. 10 1/2 bis 22 1/2 (3,50 M).
In der Städtischen Festhalle:
Montag, 15. Dezember. * Th.-Gem. 1001 bis 1500 und III. S.-Gr., 1. Hälfte. 1. Volkstümliches Konzert. Solisten: Gertrud Meiling, Ottomar Voigt. 20 bis gegen 22 (2 M).
Auswärtiges Gastspiel:
Donnerstag, 11. Dezember. In Baden-Baden: Die Bohème. Kartenverkauf: Vorverkaufsstelle des Bad. Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Frei Müller, Ede Kaiser- u. Waldstraße, Tel. 388, und Musikalienhandlung des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Tel. 1420. Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4261, und Kaufmann Karl Holzschuh, Berderplatz 48, Tel. 503.

Geschäftliches

Weihnachtsverkauf bei B. Boländer, Karlsruhe. Wir verweisen auf das heutige Inserat der Firma B. Boländer, Karlsruhe, die in ihrem Weihnachtsverkauf, wie wir hören, sich lebhaftesten Zuspruchs erfreut. Insbesondere erwecken die Einheitspreisstücke größtes Interesse. Samstag, Sonntag und Montag, den 6., 7. und 8. Dezember, jeweils um 1/2 Uhr nachmittags, bietet die Firma eine besondere Überraschung für die kleine Welt, es kommt nämlich der Nikolaus zur Bescherung, wozu alle Kinder, in Begleitung Erwachsener, freundlichst eingeladen sind.

Backartikel

zu den herabgesetzt billigen Preisen erhalten Sie in allen



Geschäften und noch 5% Rabatt in Marken

Weihnachts-Verkauf bei Boländer

KARLSRUHE
Kaiserstr. 121

Beste Qualitäten
Billigste Preise
Sonntag 11-6 geöffnet

Praktische und schöne Weihnachts-Geschenke

zu enorm billigen, den heutigen Verhältnissen angepaßten Preisen

An den Sonntagen
7., 14. u. 21. Dezember
sind alle
Geschäftsräume
von 11 bis 6 Uhr
geöffnet

Carl Schöpf

Marktplatz

Auf Wunsch erhalten Sie
das Geschenke in hübschen
Geschenk-Kartons
verpackt
Schriftliche Bestellungen
werden prompt und sorg-
fältig ausgeführt

Lebensbedürfnisverein

Für die
Weihnachts-Bäckerei
sind die besten Zutaten die billigsten!

Wir empfehlen:

| | |
|---|------------------------|
| Goldgelbes Auszugsmehl 00 | Pfd. 29 <i>Spf</i> |
| dto. 5-Pfd.-Säckchen | 1,65 <i>Rb</i> |
| dto. 10-Pfd.-Säckchen | 3,30 <i>Rb</i> |
| Prima Nullmehl | Pfd. 26 <i>Spf</i> |
| Neue Korinthen | Pfd. 60 <i>Spf</i> |
| Kranzfeigen | Pfd. 32 <i>Spf</i> |
| Neue Rosinen, hellfarbig | Pfd. 68 <i>Spf</i> |
| Neue goldgelbe Sultaninen | Pfd. 88 <i>Spf</i> |
| Zitronat | 1/4 Pfd. 35 <i>Spf</i> |
| Orangeat | 1/4 Pfd. 28 <i>Spf</i> |
| Zitronen Schöne Italiener | Stück 10 <i>Spf</i> |
| Fst. Süßrahmtafelbutter | 1/4 Pfd. 48 <i>Spf</i> |
| Fst. Molkereibutter | Pfd. 1,80 <i>Rb</i> |
| Eier | 14 und 15 <i>Spf</i> |
| Vollmilch gezuckert | Dose 85 <i>Spf</i> |
| Ideal-Vollmilch ungezuckert | Dose 30 <i>Spf</i> |
| Schmalz, amerik. erste Marken | Pfd. 80 <i>Spf</i> |
| Deutsches Schmalz | Pfd. 1,- <i>Rb</i> |
| Raff. Kokosfett in Tafeln | 45 <i>Spf</i> |
| Palmin | Pfd. 85 <i>Spf</i> |
| Süddeutsch. Zucker, Grieß | Pfd. 33 <i>Spf</i> |
| dto. Kristall | Pfd. 31 <i>Spf</i> |
| Fst. Staubzucker | Pfd. 40 <i>Spf</i> |
| Extragroße handgeklautbe Mandeln | Pfd. 1,60 <i>Rb</i> |
| Mittelgroße Mandeln | Pfd. 1,32 <i>Rb</i> |
| Haselnußkerne | Pfd. 1,- <i>Rb</i> |
| Kokosflocken Ia Qualität | Pfd. 40 <i>Spf</i> |
| Anis, Zimt ganz u. gemahlen, Nelken | Bd. 10 <i>Spf</i> |
| Vanillezucker | Beutel 5 <i>Spf</i> |
| Fst. Bourbonvanille | Stange 10 <i>Spf</i> |
| Hirschhornsalz in Glasröhrchen | 10 <i>Spf</i> |
| Backpulver | 8 und 10 <i>Spf</i> |
| Tägl. frische Hefe | 1/4 Pfd. 20 <i>Spf</i> |

Feste Konfitüren und Vierfruchtmarmeladen, Apfelgelee

Abgabe nur an Mitglieder *R. 810*

Neu eröffnet
R. 801

Radio-Ausstellung

L. Schandelwein
Telefon 1173
Karlsruhe, Amalienstr. 14

Praktische und preiswerte Geschenke

Beachten Sie meine Auslagen



Noters
tadellos
 Brillen
 gründlich
 ihren Zweck
 erfüllen!
 Reformoptik

nur Kaiserstr. 247 am Kaiserplatz
Ratenkaufabkommen
K. 793

Herberge zur Heimat, Hardtstraße 30
Karlsruhe-Mühlburg

Weihnachts-Bitte!

Den Wanderbüchsen und Insassen unserer Herberge, die heimatlos und fremd in schwerer Zeit feierliche Freude erfahren und erleben dürfen, bedürftigen wie am vierjährigen Weihnachtstage eine Feiertagsfeier zu bereiten.

Zu diesem Zwecke bitten wir alle Menschenfreunde und die Freunde unseres Herbergsvereins auf, durch Gaben dazu beizutragen, daß dieses Vorhaben eine würdige Ausführung finde.

Als Gaben sind Bücher, Kleidungsstücke für Männer, Frauen, Kinder, Spielzeug, Musikinstrumente usw. besonders begehrt und willkommen.

Der Verwaltungsrat des Vereins
Herberge zur Heimat, Karlsruhe i. B.
Gaben nehmen dankbar entgegen: Hauswart Joh. Deißle,
Hardtstr. 30, Direktor Klenz, Alsterstr. 23, Ing. W. Schleich,
bach, Erbprinzenstr. 6, Lan.-Mitt. R. Spatz, Augustastr. 2
und Kaufmann Wilhelm Rager, Poststraße 17.

Rheinische Hypothekbank Mannheim.

Die am 2. Januar 1931 fällig werdenden Zinscheine aus unseren 4 1/2%, 6%, 7% und 8% Goldpfandbriefen sowie 8% Goldschuldverreibungen werden mit den aufgedruckten Goldmarkbeträgen in Reichsmark (1 Goldmark = 1 Reichsmark) abzüglich 10% Kapitalertragssteuer eingelöst.

Mannheim, 1. Dezember 1930. *R. 809*

Wir werben für Sie!

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

und Forderungen ohne Vorrecht *Rb* 25 892,91.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf dem Geschäftszimmer des Amtsgerichts A. 6 hier auf.

Der Konkursverwalter:
Wilhelm Fries,
Büchereidirektor, Karlsruhe.

Freihändler
Laubholzverkauf.
Forstamt Koblitzell, Montag, den 15. Dezember 1930: 430 fm Rotbuchen, 30 fm Eichen, 52 fm Eschen, 21 fm Hainbuchen, 11mm u. Erlen. Losverzeichnis durch das Forstamt (Tel. 246). *R. 131*

Karlsruhe. *R. 132*
Vereinsregisteramt, Kreisleiter - Schützenbund Deutschlands, Karlsruhe, wohnen der Sitz von Braunshweig verlegt wurde. *XII. 30.*
Amtsgericht Karlsruhe.



Badisches Landestheater
Sonntag, den 7. Dez. 1930
Nachmittags
Der große Christoph
Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trenck
Regie: v. d. Trenck.

Mitwirkende:
Ermarth, Frauendörfer, Genter, Seiling, Schweiner, Guse, Kurz, Gemmede, Graf, Herz, Göder, Just, Kuhne, Mehner, Müller, Prüiter, Schulze, Gimm, Luther, Rivinius, Seibert.

Anfang 15 Uhr Ende 17 Uhr
I. Rang
und I. Speeritz 3 *Rb*.

Abends.
* E 10. Th.-Gem.
III. Sonder-Gr., 1. Hälfte
Jar und Zimmermann
Komische Oper von Gorching
Dirigent: Krips
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Blank, Durl, Hofpach, Kalnbach, Pfeifer, Reutwig, Mitsch, Schoepflin, Schuster, Milan

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
Preise D (1-8 *Rb*)

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 7. Dez. 1930
Meine Schwester und ich
Operette in zwei Akten u. einem Vor- und Nachspiel nach Perr und Verneuil von Robert Blum

Besetzung:
Gefangene und Musik von Ralph Benatzky
Dirigent: Keilberth
Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:
Genter, Janz, Seiberlich, Seiling, Brand, Graf, Kneble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüiter, Schuster
Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
I. Parkett 3,50 *Rb*

Nur

Zeumer Pelze

Kaiserstr. 125/127

Hunger tut weh!

Spende an die Karlsruher Notgemeinschaft!
Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 22100

Nur einen

Zeumer Hut

Kaiserstr. 125/127